

Quickonomy

Nachrichten



Preiskampf im Speichermarkt 7

Der Wettbewerb hinsichtlich Computerspeicher hat zugenommen. Das Angebot ist groß, die Preise purzeln.

Das Erdöl wächst auf Feldern 13

Treibstoffe werden künftig aus Wald und Feld bezogen werden. Das glauben nicht nur Forscher.

Un-erhörtes Wachstum 14

Groß ist der Bedarf an Mikrokrediten. Eine sinnvolle Hilfe zur Selbsthilfe.

Qualität statt Quantität 19

Die Studie *The Limits of Growth* vom Club of Rome ist 35 Jahre nach ihrer Veröffentlichung aktueller denn je.

Das Beschnupern des Neuen 22

Die Consulting-Branche rekrutiert mit viel Fantasie ihren Nachwuchs.

Kommentare

Die Realitäten in Bedrängnis 16

Der Immobilienboom in den USA lässt Hausbesitzern den Atem stocken.

Verteilen bis ganz nach unten 16

Das Wachstum stimmt, die Inflation aber steigt. Weise Ökonomen fordern nun Mäßigung bei Lohnverhandlungen.

Das Prinzip Wohlstand 16

Im Systemvergleich ist der kapitalistische Wachstumsfetisch der sozialistischen Bedürfnisplanung überlegen.



Einfach komplex denken lernen 24

Die Grenzen des Wachstums kann man auch ohne Katastrophismus berechnen.

Stubenhocker und Einspinner 24

Die virtuelle Welt „Second Life“ ist langweilig, auch wenn alles nur ein Spiel ist.

Standards

Special Innovation	ab 8
Zahlenspiel	14
Dossier	ab 17
Schnappschuss	22
Reaktionen auf <i>economy</i>	23
Test	23
Beraterreck	24

IMPRESSUM

Economy Verlagsgesellschaft m.b.H., 1010 Wien, Gonzagagasse 12/12
 Geschäftsführender Herausgeber: Christian Czaak
 Chefredaktion: Thomas Jäkle (jake)
 Redaktion: Astrid Kasperek (ask), Klaus Lackner, Antonio Malony, Alexandra Riegler, Jakob Steuerer, Christine Wahlmüller
 Autoren: Andrea Eder, Margarete Endl (me), Lydia J. Goutas, Doris Lippitsch
 Illustrationen: Kilian Kada, Carla Müller; Titelbild: Bilderbox.com
 Produktion und Artdirektion: Tristan Rohrhofer
 Lektorat: Elisabeth Schöberl
 Anzeigen: Elisabeth Blank, Günter Horvath

Druck: Luigard, 1100 Wien Druckauflage: 30.000 Stück
 Internet: www.economy.at E-Mail: office@economy.at
 Tel.: +43/1/253 11 00-0 Fax: +43/1/253 11 00-30

Alle Rechte, auch nach § 44 Abs. 1 Urheberrechtsgesetz:
 Economy Verlagsgesellschaft m.b.H.
 Abonnement: 50 Euro, Studentenabo: 30 Euro
 Probeabo: 10 Euro; abo@economy.at



Reich der Mitte: Steigerungsraten bringen Regierung ins Schwitzen

Kochtopf ohne Deckel

Rasanten Wachstum der Volksrepublik China gibt Anlass zur Sorge.

Antonio Malony

Zweistellige Wachstumsraten fünf Jahre in Folge, auch heuer wieder elf Prozent Wirtschaftszuwachs: Das ehemals kommunistische China liefert ökonomische Traumdaten. Der Großteil der 1,3 Mrd. Einwohner der Volksrepublik (mehr als USA und Europa zusammen) schuftet sich in den Wohlstand, als wäre das die einzige Antwort auf die jahrzehntelangen Entbehrungen des Maoismus.

Volkswirtschaftlern wird dabei ein anschauliches Studienbeispiel dafür geboten, welche Wechselwirkungen derartige Steigerungsraten auf die Gesellschaft haben: Zwar wird China im Galopp wohlhabender, einflussreicher und mächtiger. Doch das Wachstum hat beileibe auch seine anderen Seiten: Der Energiebedarf des Riesenlandes steigt ins Unermessliche.

Wachstum als Klimakiller

Mit der Zunahme der Industrieparks, die vor allem an der Ostküste Chinas wie die Pilze aus dem Boden schießen, steigt auch die Umweltverschmutzung rasant, hielt Mai Kai, Chef der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission der Volksrepublik, kürzlich sorgenvoll in der Zeitung *Peking News* fest.

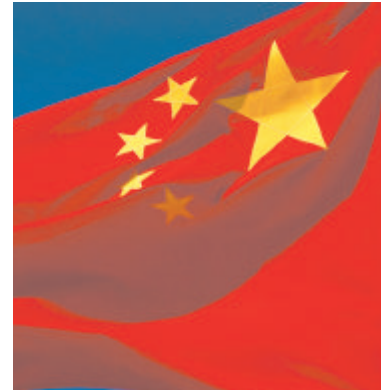


Foto: Photos.com

Der Ausstoß klimaschädlicher Gase nehme rasant zu, sagt Kai, neuerdings sei es zu Aufständen und Demonstrationen in mehreren Provinzen gekommen, weil die Menschen um ihre Gesundheit fürchten. Wie der Chef der staatlichen Umweltschutzbehörde, Zhou Shengxian, laut Nachrichtenagentur Xinhua erklärte, seien heuer fast 2000 regionale Petitionen für einen besseren Umweltschutz in seiner Behörde eingegangen. Das Problem ist, dass die Umweltschutzbemühungen der chinesischen Regierung vom Wachstum einfach ausgebremst werden. Es entstehen – unter tatkräftiger Mitwirkung teils korrupter Provinzbehörden – schneller umweltschädigende Fabriken, deren Abfälle Flüsse, Boden und Luft verunreinigen,

Fortsetzung von Seite 1

Die Globalisierungskritiker von Attac verkürzen dieses Phänomen auf die – auch wertfrei gesehen – durchaus korrekte Aussage, dass steigendes Wirtschaftswachstum nicht automatisch allen Bevölkerungsgruppen zugutekommt. Im Wachstum, unter steigenden Zinsen und in einer Aktienhausse, wachsen höhere Einkommen geradezu selbsttätig stärker als geringere Einkommen – nach dem einfachen Prinzip: Wo mehr Geld, vermehrt es sich schneller. Mit höherem Einkommen steigt nicht automatisch der Konsum und damit die Wertschöpfung, sondern am ehesten die Spar- und Zockerquote. Dadurch fließt Kapital nicht der Volkswirtschaft zu, sondern steigert das Spekulationsvolumen. Spekuliert wird auf Finanzmärkten mit der Hoffnung auf Steigerung des „arbeitslosen Kapitaleinkommens“, das damit kurz- und mittelfristig konsumunwirksam ist.

Das Grundproblem der Aussage „Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“ ist der Versuch, einen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Gesellschaft herzustellen. Dass dies – wie im anfangs dargestellten Paradoxon von Stephen Levitt – problematisch ist, wird

bei den unzähligen verkürzten Jubelreden der Politiker leicht übersehen. „Gut gehen“ lässt sich formal vielleicht anhand verschiedener Wohlstandsindikatoren messen, nicht nur am Einkommen, sondern auch an Freizeitverfügbarkeit, Umweltqualität, Gesundheit, Rückgang der Kriminalität und sozialem Ausgleich.

Die Reichen profitieren

Eine „Symmetrie“ („Allen geht's gut“) ist anhand dieser Faktoren in einer Phase des Wirtschaftswachstums aber nie zu messen. Der Volkswirt Beat Weber spricht sogar von „Mythen der Ökonomie“, wenn er den Spruch hört. Aus empirischen Studien in den USA sei ablesbar, dass im Wirtschaftswachstum weder die armen Schichten noch die Mittelschicht, sondern am ehesten die reichsten fünf Prozent signifikant profitierten.

Die Interessen der Wirtschaft, ergänzt Weber, lägen „naturgemäß“ nicht im Wohlergehen der Gesellschaft oder im Zugewinn sozialer Gerechtigkeit, sondern im Shareholder Value, in Gewinnmaximierung um der Maximierung willen. Moral, und das erkannte schon Karl Marx, sei keine Kategorie im Kapitalismus, wenn man von der „einzigen Moral, der Ge-

als die Zentralregierung dies kontrollieren kann. Das Ziel, die Emissionen bis 2010 pro Jahr um zehn Prozent zu senken, erreicht China ganz und gar nicht. Fast eine halbe Mio. Menschen sterben in China jährlich an den Folgen schmutzigen Wassers und verseuchter Luft, erhob die Weltbank.

Andere Probleme sind exorbitant steigende Preise bei Lebensmitteln, die dadurch nötige Erhöhung der Mindestlöhne und die beginnende Inflationsspirale, Landflucht, Ströme von Arbeitsmigranten, Infrastrukturprobleme durch den zunehmenden Verkehr und die Wohlstandsschere zwischen den Wachstumszentren und dem restlichen Land.

Die neuen chinesischen Kapitalisten zeigen sich davon allerdings völlig unbeeindruckt. Obwohl die Regierung mit Spekulationssteuern, dämpfender Zinspolitik und Investitionsbremsen versucht, das Wachstum im Zaum zu halten, nimmt das Tempo ungehindert zu. Erst Anfang Juli stieg der Geschäftsklimaindex laut zentralem Statistikamt in Peking auf den höchsten Stand seit sieben Jahren. Das Politbüro in Peking warnt weiter vor der Überhitzung der Wirtschaft – und das Volk pfeift ihm was.

winnerzielung“ einmal absehe. Die Wirtschaft argumentiert, dass florierende Unternehmen für mehr Beschäftigung und die Verbesserung der Lebensbedingungen sorgen und damit ihren Beitrag zu mehr Wohlstand leisten. Daraus allerdings abzuleiten, es gehe automatisch allen gut, ist unplausibel, weil das Wachstum eben nicht alle Gesellschaftsschichten erreicht.

Was die Sozialpartnerschaft betrifft, kann sich Österreich dank Wachstums nun zwar eine Mindestlohnregelung leisten. Diese kann die durch höhere Nachfrage steigenden Preise und damit die Inflation abfedern. Gleichzeitig wird damit aber die Position im Globalisierungswettbewerb weiter verschlechtert, die Lohnspreizung vergrößert und den Unternehmen im Abschwung dann wieder das Argument der hohen Standortlohnkosten zugespielt. Viel vernünftiger wäre daher eine Gewinnpartizipation der Arbeitnehmer.

Gegen die Armutsfalle ist Wachstum schon gar kein funktionierendes Rezept, denn im Wachstum steigen die Mietpreise, man nimmt sich leichter einen Kredit auf, der dann in schlechteren Zeiten nicht mehr abzuzahlen ist, und im Wachstum steigen die Steuern, die man dann nicht mehr loswird.